Westdeutschland zeigt ihr, daß sie bereits heute die Kosten des Krieges zu tragen hat, in dem sie morgen sterben soll. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik wiederum sieht in den amerikanischen Plänen eine unerträgliche Bedrohung des großen, friedlichen Aufbauwerkes, das sie mit soviel Enthusiasmus und Erfolg verwirklicht. Das Bewußtsein, daß heute auch die gesamte westdeutsche Wirtschaft am friedlichen Aufbau Deutschlands teilnehmen könnte, wenn nicht die Kriegspolitik der Westmächte den innerdeutschen Handel und den Gütertausch Westdeutschlands mit den fortschrittlichen Staaten systematisch unterbinden würde, vermehrt den Haß aller deutschen Patrioten gegen die imperialistische Willkür und ihre Entschlossenheit, den Frieden erhalten zu helfen. In großen Manifestationen hat dieser Friedenswille des deutschen Volkes während der letzten Wochen seinen Ausdruck gefunden. Die Massenbewegung gegen die Remilitarisierung in Westdeutschland, das stolze Ergebnis der Volkswahlen am 15. Oktober 1950 in der Deutschen Demokratischen Republik sind unwiderlegliche Beweise dafür.

Die Ergebnisse der Prager Konferenz geben diesem, unserem Kampf für den Frieden neuen Aufschwung. Sie zeigen den einzig möglichen und in seiner Einfachheit jedermann einleuchtenden Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage:

Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

Unverzüglichen Abschluß eines Friedens Vertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedens Vertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den